

Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Vorabzahlung von der Druckerei wöchentlich 20 Pfg., monatlich 0 Pfg., vierteljährlich 2,40 Mk.; durch unsere Buchhändler monatlich 80 Pfg., vierteljährlich 2,40 Mk.; bei den meisten Postämtern vierteljährlich 2,40 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postämter, Postboten sowie unsere Buchhändler und Geschäftsstellen nehmen ebenfalls Bestellungen entgegen. / Im Falle späterer Bewilligung überfordern wir die Bestellungen der Zeitungen, der Lieferanten oder der Verleger. / Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die in den Briefen enthaltenen Meinungen, sondern an den Verleger, die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle. / Inanspruchnahme des Briefkastenprivilegs. / Berliner-Bezeichnung: Berlin 833. 48.

Wochenblatt für Wilsdruff
und Umgegend.
Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



für die Königliche Amtshauptmannschaft Meissen, für das
sowie für das Königliche

Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff
Forstrentamt zu Tharandt. Postfach-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Nr. 263.

Sonntag den 10. November 1918.

77. Jahrg.

Ämtlicher Teil.

Jahrmarkt in Kößschenbroda.

Sonntag den 17. und Montag den 18. November 1918 findet in Kößschenbroda Jahrmarkt statt.

Auf die Vorschriften, die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirt-, Strick- und Schuhwaren betr., wird besonders hingewiesen.

Viehmarkt wird am 18. November früh abgehalten. Auf die Bestimmungen über den Handel mit Kuh- und Zuchtvieh, vor allem die rechtzeitige Beschaffung von Ankaufsbefähigungen wird besonders aufmerksam gemacht.

Kößschenbroda, am 5. November 1918.

Der Gemeindevorstand.
Schüller.

Thronentsagung des Kaisers.

Die Kaiserfrage.

Abdankung des Kaisers? Ausrufung der Republik in München. Der Reichskanzler stimmt den sozialdemokratischen Forderungen zu. Rücktritt des preussischen Ministeriums.

Berlin, 8. November.

In der Mittagsstunde war im Reichstag die Nachricht verbreitet, daß der Kaiser bereits abgedankt habe.

Eine Nachricht, ob auch der Kronprinz den Thronverzicht ausgesprochen habe, lag nicht vor. Von anderer Seite heißt es dagegen, daß der Monarch noch keinen Entschluß fündgegeben habe.

Abdankung König Ludwigs von Bayern.

Berlin, 8. November.

In München haben nach zuverlässigen Nachrichten sozialistische Kreise die Oberhand. Heute vormittag wurde in Berlin mit größter Bestimmtheit das Gerücht verbreitet, daß König Ludwig von Bayern zurückgetreten sei. Sicher scheint zu sein, daß in München die Republik ausgerufen ist. Ähnliches verlautet aus anderen bayerischen Städten.

Wenn diese Nachrichten zutreffen, so hätte die politische Bewegung, die in Nordwestdeutschland aufgekommen ist, nunmehr auch den Süden des Reiches ergriffen.

Eine letzte Frist.

Berlin, 8. November.

In Reichstagskreisen verlautete, daß mit Rücksicht auf die notwendigen Beschlüsse der anderen Parteien, die in dem sozialdemokratischen Ultimatum dem Reichskanzler gestellte Frist, die heute mittag ablaufen sollte, noch um einige Stunden verlängert werden soll.

Es ist selbstverständlich, daß auch die anderen Parteien Gelegenheit zu eingehender Beratung des sozialdemokratischen Ultimatums haben müssen, ganz abgesehen davon, daß man die Besichtigung des Gerüchts von der Abdankung abwarten will. Lehnt die Mehrheit der Regierungsdirektoren das Ultimatum, dessen wichtigster Punkt die Abdankung des Kaisers und der Thronverzicht des Kronprinzen ist, ab, so muß die gesamte Regierung zurücktreten, falls die Sozialdemokraten ausweichen. Die Folgen wären unübersehbar, denn wie die Dinge einmal liegen, ist heute an eine Regierungsbildung ohne Sozialdemokratie nicht zu denken.

Zustimmung des Reichskanzlers?

Berlin, 8. November.

In parlamentarischen Kreisen verlautete, daß Reichskanzler Prinz Max von Baden die ihm von den Vertretern der Sozialdemokratie, Ebert und Scheidemann, übermittelten Forderungen angenommen und für ihre Durchsetzung einzusetzen zugesagt habe. Es heißt, der Kanzler habe seinen Rücktritt angeboten und sein Weiden oder Gehen von der Abdankung des Kaisers abhängig gemacht.

Die in Verbindung damit verbreitete Meldung, der Kanzler habe sich ins Große Hauptquartier begeben, trifft nicht zu. In den Nachmittagsstunden des heutigen Tages hatte Prinz Max von Baden in seiner Amtswohnung noch wichtige Besprechungen. Die Forderungen der Sozialdemokratie, denen der Reichskanzler zugestimmt haben soll, verlangen, daß

1. die Versammlungsverbote für die gestrigen Versammlungen aufgehoben werden,
2. Polizei und Militär zu äußerster Zurückhaltung angehalten werden,
3. die preussische Regierung sofort im Sinne der Reichstagsmehrheit umgekehrt wird,
4. der sozialdemokratische Einfluß in der Reichsregierung verstärkt wird,
5. die Abdankung des Kaisers und der Thronverzicht des Kronprinzen bis Freitag mittag bewirkt werden.

Das Ultimatum wurde am Donnerstag nachmittag um 5 Uhr überreicht. Es ist also erklärlich, wenn die Parteien und vielleicht auch der Kanzler eine Verlängerung der Frist erwirken mußten. Handelt es sich doch um die schwerwiegendste Entscheidung, die jemals deutsche Männer zu treffen hatten.

Auflösung der k. u. k. Armee.

Plündernde und mordende Truppen.

München, 8. November.

Der Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Armee gestaltete sich zu einer wahren Tragödie, die alles in den Schatten stellt, was sich selbst in den schlimmsten Tagen in Rußland ereignete. Alle Bande der Ordnung und Disziplin lösten sich. Die Offiziere sind machtlos und müssen vielfach froh sein, wenn sie das nackte Leben retten. Ganze Bataillone und Regimenter laufen einfach auseinander, wobei die Leute die Militärmagazine plündern und den Raub teils mitschleppen, teils zu Spottpreisen an den Böbel verkaufen. Die Vielbrachigkeit des nationalen Wabfels trägt dazu bei, den Wirrwarr noch zu verstärken. Die fünf oder sechs unabhängigen Staaten, in die die ehemalige kaiserliche Monarchie zerfallen ist, rufen jeder auf eigene Faust ihre Truppen hierhin und dorthin, so daß jeder plündernde Abtransport und jede ordnungsmäßige Demobilisierung unmöglich ist. Am rücksichtslosesten geht dabei der neue ungarische Revolutionskriegsminister Lindner vor, der den ungarischen Truppen einfach befohlen hat, auf dem Feld, wo sie stehen, die Waffen niederzulegen, auch wenn sie im Verbands von Truppen anderer Nationalitäten kämpfen — also die glatte Aufforderung, die Bahngesährten in Stich zu lassen — und auf dem kürzesten Weg nach Ungarn zurückzukehren. Da nur die wenigsten Truppen mit der Bahn befördert werden können, versuchen viele Truppenteile, sich zu Fuß nach der Heimat durchzuschlagen, wobei ihr gewalttames Requirieren in

Plündern, Streit, Mausestern und Mord

unter den Truppen übergeht. Besonders arg wird von dieser Landplage schon jetzt ein Teil von Tirol bedroht. Wenn sich die heimgekehrten Städte und Ortschaften zur Wehr setzen, ist man mitten im Bürgerkrieg. Dazu kommt, daß die großen Gefangenenlager, in denen Hunderttausende feindlicher Kriegsgefangener interniert sind, teilweise von ihren Wachkommandos verlassen sind, so daß die Kriegsgefangenen ausbrechen konnten, und da sie ohne Lebensmittel sind, marodierend das Land durchziehen. Sogar in Budapest und Wien, aber auch in Salzburg und anderen Städten rief die Kunde von den brennenden und sengenden Kriegsgefangenenlagern Panik hervor. In Budapest, Agrar und Fiume haben sich kroatische und ungarische Truppen

regelrechte Schlachten

gelleiert. Dazu kommen innerhalb Kroatiens greuliche Schandthaten bewaffneter Deserteurbanden, die sogenannten „grünen Kadets“, die Eisenbahnzüge überfallen, die Reisenden bis aufs Demd ausplündern und Städte und Dörfer heimsuchen. Die „grünen Kadets“ haben auch bereits einzelne Streifzüge nach Ungarn und Steiermark unternommen. Auch zwischen Polen und Ukrainern ist bereits der Krieg ausgebrochen, und in den Straßen von Lemberg liefern sich ukrainische und polnische Regimenter der ehemaligen österreichisch-ungarischen Armee und beiderseitigen Legionäre erbitterte und blutige Kämpfe. Endlich ist es bei Rattenberg auch schon zum Kampf zwischen ungarischen Truppen und tschechischen Soldaten gekommen, wobei auf beiden Seiten nicht nur Maschinengewehre, sondern sogar Geschütze in den Kampf eingegriffen haben. Auf dem Wiener Ostbahnhof ist es zu einer großen Schlageri zwischen ungarischen Soldaten und solchen anderer Nationalitäten gekommen. Auf dem Frachthof des Wiener Nordbahnhofs haben kroatische Marodeure mit russischen Kriegsgefangenen unter Hilfe des hauptstädtischen Wobels Güterzüge ausgeplündert. Ein Teil der tschechischen Lagerhäuser mit Vorräten wurde in Brand gesetzt. Ferner ist überall die Bildung von Soldatenräten im Gange, die natürlich auch keinen Rat wissen gegen die überall ausgebrochene schreckliche Hungersnot.

Die k. u. k. Regierung will nicht abdanken.

Der deutsch-österreichische Staatsrat hat an die immer noch amtierende k. u. k. Regierung das Verlangen gestellt, daß ihm alle Eingänge und Aktenstücke vorgelegt werden, die bei der ehemaligen k. u. k. Regierung einliefen. Es kam eine Einigung zustande, doch erklärte die k. u. k. Regierung, sie habe nach wie vor Anbruch

auf die gemeinsame Vertretung aller Landesteile. — Dem Ruhenslebenden wird es immer unbegreiflich bleiben, welche Funktionen diese k. u. k. Regierung, die Kaiser Karl ohne Land einberufen hat, eigentlich ausübt, da doch die einzelnen Teile der Monarchie ihre eigenen Regierungen haben.

Deutsch-Böhmen unterwirft sich nicht.

In der ersten Sitzung des Landtages von Deutsch-Böhmen, der in Reichenberg zusammengetreten ist, erklärte der Stellvertreter des Landeshauptmanns, die deutsch-böhmischen Abgeordneten würden ihre Rechte gegenüber den tschechischen Ansprüchen unter allen Umständen durchsetzen, wenn es sein muß, mit Gewalt. Er richtete einen Appell an die Deutsch-Böhmen, die Kampfkraft der Abgeordneten durch Einigkeit und Entschlossenheit zu stärken.

Der Einmarsch der deutschen Truppen.

Allem Anschein nach wird sich ganz Nordtirol den eingerückten bayerischen Truppen anschließen. Der deutsch-österreichische Nationalrat beschloß, gegen den Einmarsch bayerischer Truppen in Salzburg und Tirol seinen Einspruch zu erheben. Während die Bayern durch Besetzung der Städte Innsbruck, Ruffien, Gastein die Tiroler Grenze sichern, sind tschechische Truppen zum Schutz der tschechisch-böhmischen Grenze in Eger eingezogen. Natürlich hat der tschechische Nationalrat feierlich Protest erhoben, was aber den tschechischen Befehlshaber nicht hinderte, die vorgeschriebenen Maßnahmen zur Sicherung der Grenze zu treffen.

Das Ende der österreichisch-ungarischen Flotte.

Die frühere österreichisch-ungarische Schiffsflotte hat aufgehört zu existieren. Die wertvollsten Schlachtschiffe ruhen auf dem Grunde des Meeres. Aus Dalbad zurückgekehrte österreichische Marineoffiziere erzählen, daß die Südlawen, denen die Kriegskasse auf tschechische Anordnung überantwortet worden war, in Pola die größten Schlachtschiffe, deren Baukosten bis zu 72 Millionen Kronen betragen, durch Sprengung versenkt haben, um sie nicht in die Hände der Italiener fallen zu lassen.

Die Reichsdeutschen bleiben in Ungarn.

Der Budapest deutsche Generalkonsul Graf Fürstenberg suchte den Ministerpräsidenten Károlyi auf, um ihm mitzuteilen, daß Deutschland die Abmachungen bezüglich der Kohlenlieferungen weiter einhalten wolle. Es seien bereits große Kohlenlieferungen unterwegs. Der Budapest Verein der Reichsdeutschen verhandelte die Frage über die Maßnahmen für den zu erwartenden Einmarsch der Entente-Truppen in Ungarn. Es wurde der Plan erwogen, nach Deutschland zurückzukehren. Da es aber in der letzten Zeit vorgekommen ist, daß in Österreich auf deutsche Urlaubszüge geschlossen wurde, ließ man indes den Plan fallen und beschloß, sich unter dem Schutz des Nationalrates zu stellen, in der Hoffnung, daß die Entente im Falle einer Besetzung Ungarns von der Internierung der Reichsdeutschen absehen werden, da hier während des Krieges auch die Anwohner der Entente-Länder nicht interniert worden seien.

Verchiedene Meldungen.

Wien, 8. Nov. Alle Meldungen über Vorbereitungen zu einem Aufenthalt des Kaiserpaares in der Schweiz sind erloschen.

Wien, 8. Nov. Auf dem Schloß des Grafen Czernin wurde im Auftrag der Droger Polizei eine Durchsuchung vorgenommen. Es wurden wichtige Akten beschlagnahmt.

Wien, 8. Nov. Der deutsch-österreichische Staatsrat erließ gestern eine Demobilisierungsbefehl, wonach alle deutsch-österreichischen Soldaten über 42 Jahre sofort zu entlassen sind, alle Entlohnungen und mit Unlaubscheinen Bewilligungen nicht mehr einzuwickeln brauchen.

Einstellung des Berliner Fernverkehrs.

Eisenbahn, Telegraph und Post nach außerhalb gesperrt.

Berlin, 8. November.

Der Eisenbahnverkehr von und nach Berlin ist heute fast gänzlich eingestellt. Nur die Stadt- und Vorortbahn ist in Betrieb. Der Güterverkehr wird vorläufig in beschränktem Umfang aufrechterhalten.

Der letzte Zug aus dem Westen ist heute vormittag hier angekommen. Seit heute nach ist auch der Fern-